

**Müşahid 5 Kuruluş**  
**ABONE**  
 Dahil kupa Aylik 175, Oc aylik 475,  
 alt aylik 850, bir senelik  
 15 lira.  
 Haric kupa Aylik 5, Oc aylik 13, alt  
 aylik 25 R. M. yahut mulla-  
 bill (Posta ücreti dahil olmak üzere)  
**İLANAT**  
 Sahifede satılmırcan 100 Kurus  
 75  
 50  
 30  
 İdarəhanə  
 Tektir Cadesi No 585 ve 587  
 Telegraf adresi Türkiyepost  
 Telefon Beyoğlu 209 ve 210  
 Posta Kutusu Galata 209

# Österreichische Post

**Preis der Einzelnummer 5 Grosch**  
**BEZUGSPREIS**  
 Inland: 1 Monat 1 75 T. Pid. 3 Monate 4,75  
 6 Monate 8,50 T. Pid. 12 Monate  
 15 - T. Pid. Ausland: 1 Monat 5 - R. Mark,  
 3 Monate 13 - R. Mark, 6 Monate 25 -  
 R. Mark oder Gegenwert, alles einschlies-  
 lich Porto Inverale 1 Seite 1 cm 100  
 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite  
 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.  
**(INLANDSPREIS)**  
 Geschäftsleitung:  
 Tektir-Strasse Nr. 585-587  
 Drahtanschluß: Türkpost  
 Fernspr.: Pera 209 u. 210  
 Postfach: Galata 209.

5. Jahrgang Nr. 168

Tageszeitung für den Osten

Stambul, Sonnabend, 21. Juni 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstadt Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

**Amerikas Zollmauer.**

New York, 19. Juni.

Nachdem sowohl der Senat wie das Repräsentantenhaus die amerikanische Zollvorlage angenommen hatten, war es hinlänglich klar, dass Präsident Hoover die Novelle unterzeichnen würde. Das ist geschehen, und die neuen Tarife haben damit Gesetzeskraft erhalten. Wenn man geglaubt hätte, dass die zahlreichen Proteste der meisten Staaten Europas und auch der lebhafte Widerspruch innerhalb der amerikanischen Wirtschaft die Verabschiedung der Vorlage hätten aufhalten können, so sieht man sich darin getäuscht. Der schutzzöllnerische Vorstoss Amerikas zeigt damit wieder einmal mehr, wie rücksichtslos die Amerikaner vorgehen, wenn sie es bei einer wirtschaftlichen Depression für notwendig halten, die eigene Produktion gegen den ausländischen Wettbewerb zu schützen. Es ist bekannt, dass die Krise der Weltwirtschaft und ihre entscheidenden Strukturänderungen in den letzten Jahren auch vor einem so reichen Land wie Amerika ist, nicht halt gemacht haben. Hat doch die Wirtschaftsdepression in Amerika einen viel stärkeren Umfang angenommen, als es die Optimisten wahrhaben wollten, und ist doch nach dem grossen Börsenkrach von November 1929 in die Aussicht gestellte Frühjahrsberholung nicht nur ausgeblieben, sondern deutet doch alle Anzeichen darauf hin, dass der Tiefstand der Krise noch nicht erreicht ist und erst noch bevorsteht. Der äussere Niederschlag der schwierigen Wirtschaftslage Amerikas ist nicht zuletzt in der Arbeitslosenziffer zu erblicken, die sich zur Zeit auf nahezu 4 Millionen Erwerbslose beläuft.

Angesichts dieses Notstandes hat man sich denn auch in Amerika zu einem radikalen Vorstoss entschlossen. Die ursprüngliche Vorlage, die vom Repräsentantenhaus ausging, war noch weitgehender und sah bedeutend höhere Zollsätze für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse vor, wie die jetzt verabschiedete. Die Zollsätze sind in verschiedenen Punkten abgeschwächt worden. Trotz dieser Milderung wird der neue Zolltarif auch für Amerika nicht ohne Folgen bleiben. Was die amerikanischen Industrien um den Preis einer Lebensverteuerung durch die neuen Zollmauern auf dem inneren Markt gewinnen können, riskieren sie auf den auswärtigen Märkten einzubüssen. Schlaglichtartig beleuchtet das der "Schwarze Dienstag" in Wallstreet, wo die Kursverluste die enorme Höhe von 4 Millionen Dollar erreichten. Ein Beweis dafür, dass man sich in amerikanischen Börsen- und Bankkreisen wegen der überstiegenen Hochschuldschulde sehr unglücklich Rückwirkungen für den amerikanischen Aussenhandel verspricht. Dies umso mehr, als Amerika auf die Dauer mit derartigen Methoden, die ganz naturgemäss Gegenmassnahmen der davon betroffenen Staaten zur Folge haben, nicht auskommen kann. Wahrscheinlich wird der neue Zolltarif auch bei den kommenden Herbstwahlen einen der Haupttreibpunkte bilden. Schon jetzt künden die demokratischen und liberalen Blätter an, dass man bei den nächsten Wahlen die durch die republikanischen und konservativen Politiker veranlasste und von Hoover gebilligte Verleuerung der Lebenshaltung den Wählern genügend klar machen wird.

In welcher Weise sich der neue amerikanische Zolltarif für den Aussenhandel der europäischen Staaten auswirken wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Das Ausmass der Handelsverschlechterungen wird vor allem davon abhängen, in welchem Umfang Hoover von der *Dehnbarkeit* Gebrauch macht, die ihm die Ermächtigung gibt, in einzelnen Fällen bis zu 50 v. H. hinter der beschlossenen Erhöhung zurückzubleiben. Es wäre nur zu hoffen, dass er davon erheblichen Gebrauch macht, nachdem die Abstimmung im Senat den klaren Beweis gebracht hat, dass der Widerstand gegen die Zollvorlage im eigenen Lande ausserordentlich stark ist.

**Französische Truppenkonzentration an der Grenze Italiens.**

Paris, 20. Juni.

Vor dem Finanzausschuss der Kammer sah sich Ministerpräsident Tardieu heute gezwungen, Erklärungen über den Verbleib eines Betrages von 5 Milliarden Franken aus dem Reservefonds des französischen Staates abzugeben. Tardieu erklärte, dass man in Frankreich nicht verstehen könne warum Mussolini Frankreich ständig herausfordert. Die französische Regierung habe die in diesem Jahre erfolgte Zusammenziehung italienischer Truppen an der französischen Grenze mit einer Zusammenziehung französischer Truppen an der italienischen Grenze beantwortet. Man werde Frankreich keinen Vorwurf daraus machen können, wenn es angesichts der fortgesetzten Drohungen Italiens seine Grenztruppen verstärkt habe.

**Regierung Macdonald vor schwierigen Aufgaben.**

London, 18. Juni.

Die Sommertagung des englischen Unterhauses wird voraussichtlich noch stärker als die bisherigen Tagungsschnitte im Zeichen der Arbeitslosenfrage stehen. Die Regierung wird mehr und mehr von ihren eigenen Anhängern im Unterhaus bestürmt, die bisherige, sehr stark passive Haltung aufzugeben und eine Reihe von Vorschlägen zu erwirklichen, die unabhängig von der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führen sollen. Ob es hierzu kommen wird, ist fraglich, da Macdonald und mit ihm andere einflussreiche Persönlichkeiten in der Regierung nach wie vor allen Plänen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Viel wahrscheinlicher ist, daß die Regierung den Versuch machen wird, in Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und dem Kapitalismus die Arbeitslosigkeit zu vermindern, wobei der Nebengedanke eine wesentliche Rolle spielt, daß auf diese Weise auch die beiden bürgerlichen Parteien die Verantwortlichkeit für das Gelingen oder Mißlingen übernehmen würden. Allgemein ist in politischen und wirtschaftlichen Kreisen ein ziemlich starker Optimismus dafür vorhanden, daß die wirtschaftliche Kurve ihren tiefsten Punkt bereits erreicht hat oder ihm zum mindesten sehr nahe ist. Etwa im Herbst wird eine internationale Belebung erwartet. Dem steht allerdings die letzte Entwicklung in Amerika entgegen. Die Finanzpolitischen Vorgänge in New York erwecken in England jedoch anscheinend weniger Besorgnis als die kürzlich von den beiden Häusern des amerikanischen Parlamentes verabschiedete Tarifvorlage, durch die England sehr erheblich betroffen werden muß. Ueber die Rückwirkungen dieser Vorlage auf den englischen Arbeitsmarkt lassen sich allerdings heute noch keine bestimmten Voraussagen machen.

Neben dem inner- und wirtschaftspolitischen Problem steht in der kommenden Parlamentstagung die Frage der Reichspolitik und vor allem die Frage der Verfassungsreform in Indien im Vordergrund. Die Beziehungen zu Sowjetrußland sind nach wie vor lebhaft umstritten, und Außenminister Henderson wird in der kommenden Tagung, ebenso wie in der vorangegangenen von einem anscheinend immer noch wachsenden Kreis bestirmt werden, eine weniger nachgiebige Haltung gegenüber Moskau einzunehmen. Die Regierung ist bisher ihren Weg in der russischen Frage weitergegangen, aber ein gewisser indirekter Erfolg der fortwährenden Kritik ist doch kaum abzuleugnen, denn die Annäherung zwischen Moskau und London ist weder politisch noch wirtschaftlich so weit gediehen, wie man auf arbeiterteilweiser Seite früher gehofft hatte.

**Eine reaktionäre Regierung in Kairo!**

Kairo, 20. Juni (A.A.)

König Fuad hat mit der Neubildung der ägyptischen Regierung Ismail Sidki Pascha beauftragt. Der Pascha hat den Auftrag angenommen und wird eine Regierung von Mitgliedern der Parteien des Hofes (Ittihad) und der Liberalen bilden.

Der frühere Ministerpräsident und Leiter des Wafd, Nahas Pascha, erklärte vor einer Fraktionsversammlung seiner Partei in der Kammer, dass der Rücktritt seiner Regierung auf das Schicksal der Gesetzesvorlage über die parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister und auf andere Massnahmen zurückzuführen sei, die das Kabinett an seiner verfassungsmässigen Tätigkeit behindert hätten. Der Wafd beschloss, gegen jede Regierung zu stimmen, die nicht aus der Mehrheit der Kammer hervorgegangen ist.

Dem mit den ägyptischen Verhältnissen nicht näher vertrauten Betrachter muss die Tatsache einer ägyptischen Regierungskrise angesichts des Umstandes Wunder nehmen, dass die bisherige Regierung Nahas Pascha stützende Nationalpartei des Wafd in beiden Häusern des Parlamentes über die absolute Mehrheit verfügt. Wenn trotzdem eine Regierungskrise möglich ist, so zeigt dies, dass es in Ägypten ausser dem Parlament noch andere Faktoren gibt, die über den Bestand, die Dauer und die Zusammensetzung der ägyptischen Regierung zu entscheiden haben. Diese nichtparlamentarischen Faktoren im politischen Leben Ägyptens manifestieren sich in diesem Falle, wenn auch nicht verfassungsmässig, im Träger der Krone, dem König Fuad. Nahas Pascha hat vor einigen Wochen durch einen neuen Gesetzentwurf der künftigen Wiederholung von Staatsstreichen in Ägypten vorbeugen versucht. Der Führer der ägyptischen Liberalen und ägyptische Diktator von Lord Loyds Gnaden, Mohammed Mahmud Pascha, hatte dem König eine Eingabe unterbreitet, in welcher der Wafd, die unbestrittene Mehrheitspartei des Landes, als die Rechte des ägyptischen Volkes vorgebildete Minderheitenpartei bezeichnet wurde. Gegenüber diesem Schritt bedeutete der erwähnte Gesetzentwurf Nahas Paschas einen Gegenschlag, der Entwurf sah vor, daß schwere Gefängnis- und andere Strafen alle diejenigen treffen sollen, die in Zukunft sich an der ägyptischen Verfassung

vergehen sollten. Die überwältigende Mehrheit des Parlamentes, d. i. der Wafd, nahm den Entwurf günstig auf. Aber der Widerstand setzte von der Stelle aus ein, gegen die das Gesetz sich im Grunde richtete: von König Fuad. Nahas Pascha sah sich daraufhin veranlasst, seine Demission anzubieten. Der König besprach sich in der herkömmlichen Weise mit den Vorsitzenden von Kammer und Senat, die ihm beide empfahlen, die Demission Nahas Paschas nicht anzunehmen. Trotzdem hat der König den Rücktritt Nahas Paschas angenommen und mit der Bildung einer neuen Regierung den Hofmann Ismail Sidki Pascha betraut.

**Massenhinrichtungen in Indochina durch die Guillotine.**

Paris, 19. Juni.

In Yen Bay fand am Dienstag bei Sonnenaufgang die Hinrichtung von 13 im Zusammenhang mit den blutigen Aufständen in Indochina zum Tode verurteilten Ananiten statt. Die Verurteilten waren in aller Heimlichkeit in der Nacht von Hanoi nach Yen Bay befördert worden. Die Guillotine wurde erst eine halbe Stunde vor Beginn der Massenhinrichtung aufgestellt, um das ganze Ereignis möglichst unauffällig an der Bevölkerung vorbeiziehen zu lassen. 800 Soldaten waren vorsichtshalber dazu abkommandiert worden, den grossen freien Platz, auf dem die Hinrichtung stattfand, von Neugierigen abzusperren. Sämtliche Verurteilte schritten erhobenen Hauptes zum Schafott und nahmen die Absolution eines französischen Geistlichen entgegen.

**Blutige Zusammenstöße in Simla.**

London, 20. Juni (A.A.)

Aus Simla wird gemeldet, dass es dort heute zu neuen Zwischenfällen kam. Zwei Polizeibeamte wurden schwer und zahlreiche andere leicht verletzt.

**Die Revolution in Bolivien.**

Buenos Aires, 20. Juni (A.A.)

Die aus bolivianischen Regierungskreisen stammenden Meldungen, über eine Gefangennahme des Führers der bolivianischen Aufständischen Hideojoso werden demontiert. Hideojoso befindet sich weiter an der Spitze der revolutionären Diktatoren der bolivianischen Regierung haben schwere Rückschläge erlitten, und die Aufständischen sind bereits in die Stadt Cochabamba eingezogen.

**Aus Deutschland.**

**Die Räumung des besetzten Rheinlandes.**

Berlin, 20. Juni.

Im Reichstag erklärte der Reichsminister für die besetzten Gebiete Treviranus, dass die französische Besetzung im deutschen Rheinlande nach einer Dauer von elfeinhalb Jahren in zehn Tagen beendet sein wird. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete werde am 1. Oktober 1930 aufgelöst werden. Die Reichsregierung werde vom Reichsrat einen Kredit von zunächst 20 Mill. Mark für eine Hilfeleistung für die besetzten Gebiete fordern. Es handle sich nur um einen erstmaligen Betrag, der später durch grössere Summen ergänzt werden solle. Die Aktion der Westhilfe werde nach Verhandlungen der Reichsregierung mit den Landesregierungen durchgeführt werden. Gedacht sei vor allen Dingen an eine Unterstützung der notleidenden Betriebe sowie überhaupt an Einzelunterstützungen.

**Georg Bernhardt scheidet von Ullstein aus.**

Berlin, 20. Juni. Der langjährige Schriftleiter der "Vossischen Zeitung" Reichstagsabgeordneter Georg Bernhardt wird Ende d. J. aus dem Verlage Ullstein ausscheiden und dann die Geschäftsführung des Verbandes der deutschen Warenhäuser übernehmen.

Dr. Georg Bernhardt war in den Jahren 1908 bis 1921 Direktor im Verlage Ullstein und seit 1918 Chefredakteur der "Vossischen Zeitung". Seit Mai 1928 ist Bernhardt demokratischer Reichstagsabgeordneter. Er steht zur Zeit im 66. Lebensjahr.

**Unwetterkatastrophe in Nordfrankreich.**

Reims, 20. Juni (A.A.) In der Umgegend der Stadt ging ein heftiges Gewitter nieder, das beträchtlichen Schaden anrichtete. Die Regen verursachten Überschwemmungen, und das Wasser drang in zahlreiche Häuser ein. Mehrere Häuser wurden vom Blitzschlag getroffen.

**Französisches Militärflugzeug abgestürzt.**

Tunis, 20. Juni (A.A.) Ein französisches Militärflugzeug stürzte bei einem Landungsversuch ab und zerschellte. Ein Leutnant der Marine, der das Flugzeug lenkte, wurde getötet, ein Freigattenkapitän und sein Begleiter wurden verletzt.

**Schloss Longueval durch Feuer zerstört.**

Paris, 20. Juni (A.A.) Wie aus Caen gemeldet wird, zerstörte eine Feuersbrunst das Schloss Longueval vollständig. Der angerichtete Schaden übersteigt die Summe von 2 Mill. Franken.

**Diskontherabsetzung in den U.S.A.**

New York, 20. Juni (A.A.) Die Federal Reserve Bank of New York hat ihren Diskont von 3 auf 2 einhalb Prozent herabgesetzt.

**Italien will deutsche U-Boote heben.**

Rom, 20. Juni (A.A.) Wie die Blätter melden, plant die italienische Regierung die Hebung der beim Ende des Weltkrieges im Hafen von Pola versenkten deutschen U-Boote.

**Wird die Monarchie bestehen bleiben?**

Von **George Mironescu** chem. rumänischer Außenminister und Ministerpräsident.

Die nachstehenden Ausführungen des bekannten rumänischen Staatsmannes verlieren schon angesichts der Rückkehr Carolas Interesse, wenn sie auch in manchen Punkten recht hypothetisch erscheinen. Ohne irgendwie als Prophet gelten zu wollen, glaube ich mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß die Monarchie jetzt im Begriff steht, in ein neues Stadium ihrer Blüte zu treten, statt, wie bisher vielfach angenommen wurde, allmählich zu verwelken. In ihrer absoluten Form allerdings nicht mehr — die Zeiten dieses Regimes sind endgültig vorbei —, wohl aber in der konstitutionellen. Wenn ich nicht sehr irre, wird die konstitutionelle Monarchie künftig in manchen Ländern wiedererrichtet werden, die diese Regierungsform angeblich für immer beseitigt haben. Gründe hierfür lassen sich zur Genüge anführen; sie hängen meistens mit der allgemeinen Mißstimmung zusammen, welche die zahlreichen Auswüchse des Parlamentarismus überall in den breiten Massen der Nationen erzeugt haben.

Vor dem Kriege gab es kaum einen ernsthaften Politiker in der Welt, der diesen Parlamentarismus nicht als ideale Regierungsform angesehen hätte. Der Parlamentarismus sollte schlechthin als ein Heilmittel für alle Gebrechen eines Staates gelten, aber er versagte vielfach bei den Völkern, die sich in einer Notlage befanden. Er hatte ursprünglich sein verfassungsgemässes umrisenes Arbeitsgebiet, über dessen Grenzen er nicht hinausgelangte. Erst die Ausdehnung seiner Kompetenzen und der damit getriebene Mißbrauch seitens sogenannter Interessengruppen verursachten seinen fortschreitenden Prestigeverlust.

Die allgemeine Enttäuschung über das Versagen dieser Regierungsform führte dann in verschiedenen Ländern zur Errichtung von Einmannregierungen, Diktaturen. Es kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß die heute in Europa bestehenden Versuchsformen aus dem wachsenden Wunsche der Völker heraus entstanden, lieber von Persönlichkeiten als von einer gewählten Oligarchie regiert zu werden. Seit die Welt im ausgesprochenen Maß wieder für "Heldenerhebung" empfänglich ist, hat das monarchische Prinzip durch diese Wendung der Dinge in manchen Ländern wieder an Bedeutung gewonnen. Die "Diktatur" bezeichnet ja letzten Endes nur einen Übergangszustand, eine Reform bestehender Verhältnisse, die selbst das Bestreben zeigt, beständig zu werden. Das ist eine ganz natürliche Evolution, und ich möchte bloß behaupten, daß der Monarch der Zukunft mehr als eine bloße Staatsfigur sein wird, nämlich eine Persönlichkeit mit genau festgelegten Rechten und Pflichten, ein konstitutioneller König, den kein Parlament jemals übersehen kann.

Am Parlamentarismus ist alles fließend, seine Rolle, die er im öffentlichen Leben der Völker spielt, und vor allem seine Zusammensetzung. Seine Vertreter trieben bisher fast überall Politik auf rein erfahrungsgemässen, nicht auf wissenschaftlich exakter Basis. Jede öffentliche Körperschaft, die eine Volksvertretung darstellt, gilt ohne weiteres für fähig, über Fragen zu verhandeln, für deren genaue Kenntnis nur ein kleiner Teil dieser Körperschaften als zuständig betrachtet werden kann. Ich sehe den Tag bereits kommen, an dem die Parlamente gleich den Ständen des ehemaligen französischen Königreiches nur noch aus Vertretern beruflicher und wirtschaftlicher Interessengruppen bestehen werden. Es ist an sich schon absurd, daß eine Versammlung von Menschen, von denen nur ein kleiner Teil mehr als Laienkenntnisse bei der Behandlung von Einzelfragen besitzt, nur deshalb zu dieser Frage entscheidend Stellung nehmen kann, weil diese Menschen eine größere